



---

## **Solidarität mit allen Regionen der Schweiz**

Die Schweiz ist bekanntlich ein reiches Land, aber der Reichtum ist zwischen den ärmsten und den reichsten Bewohnern unseres Landes ungerecht verteilt. Die SP Schweiz weist immer wieder auf diesen Umstand hin.

Während einerseits dieser Kampf, ein Kernanliegen unserer Partei, unbedingt fortgesetzt werden muss, ist es andererseits wichtig, uns auch um die offensichtlichen Unterschiede in der Verteilung des Reichtums zwischen den Regionen zu kümmern.

So zum Beispiel zeigt eine im Jahr 2010 zur Einkommensverteilung in der Schweiz veröffentlichte Studie<sup>1</sup> auf, dass das mittlere Einkommen pro Steuerzahler in Zug über 100'000 Franken beträgt, während es im Kanton Jura bei kaum 55'000 Franken liegt.

Die sehr hohen Einkommen, wie auch das Wachstum in den Kantonen, sind sehr ungleich verteilt. Gleichzeitig sind die sozialen Unterschiede zwischen den Schweizer Kantonen sehr gross. So gab es im Jahr 2016 über 7% Sozialhilfebezüger in Neuchâtel, während es in Appenzell Innerrhoden weniger als 1% waren<sup>2</sup>.

Um diese offensichtlichen Ungleichheiten zu korrigieren, hat der Bund die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) eingeführt, welche 2004 vom Volk und den Kantonen mit über 64% angenommen wurde. Es handelt um ein unverzichtbares Instrument, das wir nicht in Frage stellen wollen. Leider ist es aber ungenügend.

Tatsächlich sind seit der Einführung der NFA die Ungleichheiten zwischen den Regionen nicht weniger geworden, sondern mehr, wenn auch der Anstieg in einem geringeren Masse stattgefunden hat, als wenn sie nicht existieren würde.

Zum einen zeigt es sich, dass trotz dieses Ausgleichs kein Kanton mit einem schwachen Potential es geschafft hat, seine Wirtschaft dauerhaft anzukurbeln. Zum anderen hat die neue Aufgabenteilung bewirkt, dass die Kantone viele zusätzliche Aufgaben übernehmen mussten. Demzufolge wurden wirtschaftlich schwache Kantone schnell überlastet, obwohl die NFA eigentlich das Gegenteil bewirken sollte.

Zudem haben die wirtschaftlich starken Kantone bei der 2017 angenommenen Optimierung der NFA Korrekturmassnahmen verlangt, um – kurz gesagt – weniger zu zahlen. Mit diesem neuen Modell sind die Regionen, die vorher schon benachteiligt waren, noch schlechter gestellt. Unter anderem wird die Relevanz des Ressourcenindex, dessen Prozesse und Kriterien wenig transparent sind (berücksichtigte Beiträge, „fiktive Beiträge“, usw.) in Frage gestellt.

---

<sup>1</sup> DFF-AFC, Répartition des revenus en Suisse : faits et tendances, une analyse des revenus imposables, 2006

(in Französisch)

<sup>2</sup> BFS, Sozialhilfequote nach Kanton und gesamtschweizerischer Durchschnitt, 2016

Dies ist umso ungerechter, als dass der Erfolg der wirtschaftlich sehr dynamischen Kantone zwar auch ihrer eigenen, etwas klügeren Politik zu verdanken ist. Aber vor allem ist der Erfolg ein Resultat ihrer geografischen Lage, ihrer Geschichte und auch der Bundesinvestitionen, d. h. der Infrastrukturen, welche sowohl von den „reichen“ als auch von den „armen“ Regionen finanziert worden sind.

Zudem wurde manchmal kluge Politik durch übertriebene Steuerwettbewerbspolitik ersetzt, welche letztendlich das gesamte System beschädigt, indem sie bewirkt, dass sehr reiche Steuerzahler kurzfristig an einen Ort ziehen und öffentliche Infrastrukturen von denjenigen Kantonen benutzen, die bewusst darauf verzichtet haben, den Weg des Steuerabbaus zu nehmen.

Dies darf die SP nicht mehr tolerieren. Während der Föderalismus in der Bundesverfassung verankert ist und nicht in Frage gestellt wird, darf er nicht dazu dienen, Umstände zu rechtfertigen, bei denen einige Regionen dieses Landes immer ärmer werden, bis ihren Behörden nur noch drei Lösungen bleiben: das dauerhafte Defizit, was langfristig nicht haltbar ist, der Abbau der Infrastrukturen, was grundsätzlich Ungleichheit schafft, und die Sparpolitik, welche nur kurzfristig wirkt.

Es darf nicht sein, dass die Verschlechterung der Lage in einigen Regionen den Wohlstand des gesamten Landes negativ beeinflusst, da diese Regionen oft viele Arbeitsplätze und entsprechendes Fachwissen aufweisen. Der Kanton Neuchâtel, zum Beispiel, trägt dank seiner einzigartigen Uhrenindustrie und seiner Innovationsfähigkeit (der Kanton hat den höchsten Patentenanteil der Schweiz pro Einwohner) wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes bei, dies trotz seiner wohlbekannten finanziellen Probleme.

Dafür muss sich die SP Schweiz während der nächsten Legislatur stark machen:

1. Reduktion der Einkommensungleichheiten zwischen den Kantonen;
2. Investitionen vor allem in den Kantonen mit tieferem wirtschaftlichem Niveau;
3. Verzicht auf das Übertragen von weiteren Lasten auf die Kantone, insbesondere in Franken pro Person, da eine solche Politik die Ungleichheiten verstärkt;
4. Förderung einer Reform des Finanzausgleichs mit dem Ziel, transparentere und nachvollziehbarere Kriterien zu schaffen als der aktuelle Ausgleich der Ressourcen und der Lasten.